



## Hospiz Info Brief 1 / 2006

Januar 2006

Die Themen:

Seite

### Politik

2

- Niedersächsische Justizministerin will Gesetzentwurf gegen geschäftsmäßige Vermittlung von assistiertem Suizid vorlegen
- Hessischer Landtag plant Anhörung zum Thema Sterbehilfe
- Krankenkassenzuschuss für stationäre Hospize 2006
- Bundesgesundheitsministerin will Leistungsanspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung einführen

### Ausland

3

- Schweiz: Erstmals lässt Uniklinik assistierten Suizid zu
- Mehr Tötungs-Begleitung im Kanton Zürich
- Dignitas im Kanton Aargau seit einem Jahr nicht mehr aktiv
- Niederlande will aktive Sterbehilfe unheilbar kranker Babys gesetzlich regeln
- Israel erlaubt passive Sterbehilfe für Todkranke

### Justiz

4

- Landgericht Traunstein weist Klage im Fall Peter K. ab

### Studien/Statistiken

4

- Patientenverfügungs-Studie
- Langzeitstudie: Wie denken die Deutschen wirklich über Sterbehilfe?
- Hospizstatistik 2005: Kaum Verbesserung in der Versorgung Schwerstkranker

### Deutsche Hospiz Stiftung aktuell

5

- Personalkostenförderung durch die Deutsche Hospiz Stiftung
- Recht und Ethik der Palliativmedizin

### Veranstaltungen

6

### Literaturtipps

6

### Medientipp

7



Bei Themen mit diesem Zeichen gibt es eine Pressemitteilung und/oder ggf. weitere Infos auf der Homepage der Deutschen Hospiz Stiftung unter [www.hospize.de](http://www.hospize.de)

#### Impressum:



• • • Politik • • • Politik • • • Politik • • • Politik • • • Politik • •

## **Niedersächsische Justizministerin will Gesetzentwurf gegen geschäftsmäßige Vermittlung von assistiertem Suizid vorlegen**

Die niedersächsische Justizministerin, Elisabeth Heister-Neumann (CDU), will einen Gesetzentwurf gegen die geschäftsmäßige Vermittlung von assistiertem Suizid vorlegen. Heister-Neumann will diese unter Strafe stellen und eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Strafrechts auf den Weg bringen. Medienberichten zufolge unterstützt die FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag den Gesetzentwurf nicht.

## **Hessischer Landtag plant Anhörung zum Thema Sterbehilfe**

Fragen zum Schutz des Lebens am Lebensende, zur Sterbebegleitung und Sterbehilfe will der hessische Landtag im Frühjahr in einer Anhörung behandeln. Das hat einstimmig der Rechtsausschuss auf Antrag der Bündnisgrünen beschlossen. Bei dem Symposium sollen ethische und rechtliche Fragen aus möglichst breiter Perspektive erörtert werden. Alle Fraktionen sprachen sich im Vorfeld gegen aktive Sterbehilfe und für den Ausbau von Palliativmedizin und Hospizen aus.

## **Krankenkassenzusatz für stationäre Hospize 2006**

Mit dem Jahreswechsel gelten die neuen Bezugsgrößen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Durch deren leichte Anhebung erhöht sich auch der tagesbezogene Mindestzuschuss der gesetzlichen Krankenkassen für stationäre Hospizversorgung. Dieser beträgt nun 147 Euro am Tag (2005: 144,90 Euro). Zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Situation vieler stationärer Hospize taugt diese planmäßige Erhöhung allerdings nicht. Da Kranken- und Pflegekassen zunehmend eine individuelle Anpassung der festgelegten Tagessätze an die tatsächlich entstehenden Kosten verweigern, müssen immer mehr Eigenmittel zur Kostendeckung aufgebracht werden.

**Erstmals öffentlicher Protest**

Erstmals führt dieser Zustand zu öffentlichem Protest: Im Bereich Westfalen/Lippe hat sich eine Initiative von 17 stationären Hospizen, bzw. deren Träger formiert. Nach Angaben der Caritas erhalten Hospize in dieser Region eine Vergütung von 209 Euro bis 214 Euro pro Tag. Die tatsächlich anfallenden Tageskosten pro Patient lägen aber mindestens bei 250 Euro. Dies habe zur Folge, dass die Hospize faktisch einen Eigenanteil von 20 Prozent bis 30 Prozent statt der vereinbarten 10 Prozent tragen müssen. In bisherigen Vergütungsverhandlungen wurden den Hospizen nur geringfügige prozentuale Erhöhungen des Tagessatzes angeboten. Ebenso kritisieren Hospize und externe Experten zunehmend das komplizierte, bürokratische und bundesweit uneinheitliche Abrechnungssystem. Die Mischfinanzierung aus Träger-, Pflege- und Krankenkassenanteil -

### **Impressum:**



der je nach Krankenkasse auch unterschiedlich sein kann, wenn mehr als der Mindestzuschuss gezahlt wird - führt zu Zuzahlungen des Patienten in unterschiedlicher Höhe.

Hintergrund:

Rechtsgrundlage § 39 a Abs. I SGB V unter Verweis auf § 18 Abs. I SGB IV;

Bezugsgröße 2006: 2 450 Euro, davon mindestens 6 % = 147 Euro.

### **Bundesgesundheitsministerin will Leistungsanspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung einführen**

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) will einen eigenständigen Leistungsanspruch auf eine spezialisierte, ambulante Palliativversorgung einführen. Der Anspruch soll durch so genannte Palliative-Care-Teams aus Ärzten und Pflegekräften verwirklicht werden, die mit den Krankenkassen Verträge schließen. Hierdurch soll eine flächendeckende, ambulante Versorgung sichergestellt werden. Für die Finanzierung dieser geplanten 330 Teams sind nach ihren Schätzungen rund 250 Millionen Euro notwendig.

• • • **Ausland** • • • **Ausland** • • • **Ausland** • • • **Ausland** • • • **Au**

### **Schweiz: Erstmals lässt Uniklinik assistieren Suizid zu**

Als erste von fünf schweizerischen Unikliniken hat das Spital Lausanne assistierten Suizid in ihren Räumen erlaubt. Seit Beginn des Jahres dürfen laut Medienberichten organisierte Sterbehelfer solchen unheilbar kranken Menschen Suizid leisten, die nicht mehr transportfähig sind. Assistierter Suizid ist im Kanton Zürich schon seit Jahren in Alten- und Pflegeheimen erlaubt.

### **Mehr Tötungs-Begleitung im Kanton Zürich**

Im Kanton Zürich ist laut Schweizer Medienberichten zwischen den Jahren 2000 und 2005 die Anzahl von Menschen, die von organisierten Sterbehelfern einen Todescocktail erhielten, deutlich angestiegen. Demnach stammten von insgesamt 851 Fällen, 560 Menschen allein aus der Stadt Zürich. Zum Vergleich: In den Jahren von 1995 bis 1999 habe es 88 solcher Fälle gegeben.

### **Dignitas im Kanton Aargau seit einem Jahr nicht mehr aktiv**

Seit einem Jahr ist die Sterbehelfer-Organisation Dignitas im schweizerischen Kanton Aargau nicht mehr aktiv. Wie Schweizer Medien Anfang Januar meldeten, habe die Organisation keiner Person in einem dort angemieteten Haus assistierten Suizid geleistet. Noch im Jahr 2004 hatten die zuständigen Behörden laut Medienberichten dort 16 begleitete Freitode gezählt. Zur Information: Die weitaus größere Sterbehelfer-Organisation ist Exit. Im Gegensatz zu Dignitas werden bei Exit jedoch strenge Regeln bei den Suizid-

**Exit zehn Mal größer als Dignitas**

#### Impressum:



Willigen angewandt. Damit soll beispielsweise ausgeschlossen werden, dass Depressive oder Nicht-Schweizer suizidiert werden.

## Niederlande will aktive Sterbehilfe unheilbar kranker Babys gesetzlich regeln

Die Niederlande wollen laut Medienberichten die gesetzlichen Regelungen der aktiven Sterbehilfe nun auch auf unheilbar kranke Babys ausweiten. Unter bestimmten so genannten Sorgfaltskriterien und Berichterstattung an eine Kommission solle die Tötung zwar strafbar bleiben, aber nicht verfolgt werden. Damit unheilbar kranke Babys getötet werden können, müsse neben einer „aussichtslosen“ medizinischen Prognose, einem „unerträglichen“ Leiden auch Zustimmung der Eltern vorliegen. Seit 2000 ist die aktive Sterbehilfe in den Niederlanden legal.

## Israel erlaubt passive Sterbehilfe für Todkranke

Passive Sterbehilfe für todkranke Menschen hat das israelische Parlament Anfang Dezember legalisiert. Nach dem neuen Gesetz dürfen israelische Ärzte unter bestimmten Kriterien bei unheilbar kranken Patienten lebensverlängernde Maßnahmen unterlassen, wenn diese zuvor den ausdrücklichen Wunsch geäußert haben. Das neue Gesetz soll laut Medienberichten in einem Jahr in Kraft treten. Bislang war die passive Sterbehilfe in Israel verboten. In Deutschland ist passive Sterbehilfe auf Wunsch des Patienten erlaubt.

**Passive Sterbehilfe in Deutschland erlaubt**

• • • *Justiz* • • • *Justiz* • • • *Justiz* • • • *Justiz* • • • *Justiz* • • • *J*

## Landgericht Traunstein weist Klage im Fall Peter K. ab

Im Dezember 2005 hat das Landgericht Traunstein in erster Instanz die Klage der Eltern des Komapatienten Peter K. abgewiesen. Diese hatten als Erben gegen das Pflegeheim Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüche geltend machen wollen. Peter K. war Wachkomapatient im Pflegeheim in Kiefersfelden und dort gegen den Willen seiner Eltern künstlich ernährt worden. Das Gericht wies die Klage mit der Begründung ab, Schadensersatzansprüche setzten ein Verschulden des Pflegeheims voraus. Der Schuldvorwurf sei aber aufgrund offener strafrechtlicher Fragen nicht nachzuweisen.

• • • *Studien/Statistiken* • • • *Studien/Statistiken* • • • *Studien/Statistiken*

## Patientenverfügungs-Studie

Beim Verfassen einer Patientenverfügung ist Beratung für die Mehrheit der Deutschen (88 Prozent) unverzichtbar. Das geht aus einer im November von TNS Infratest durchgeführten Umfrage hervor. Zwar sind 70 Prozent der Bevölkerung Patientenverfügungen bekannt, doch haben bisher nur 14 Prozent eine solche Verfügung

**88 Prozent der Deutschen wollen Beratung**



### Impressum:



gung selbst verfasst. Als Gründe hierfür werden vor allem die unklare rechtliche Lage (54 Prozent) sowie Unsicherheiten über den Inhalt solcher Verfügungen (52 Prozent) beschrieben. Nähere Informationen finden Sie unter:

[www.hospize.de/ftp/tns\\_studie\\_05.pfd](http://www.hospize.de/ftp/tns_studie_05.pfd)

### **Langzeitstudie: Wie denken die Deutschen wirklich über Sterbehilfe?**

Nur eine Minderheit der Deutschen ist für aktive Sterbehilfe. Das geht aus einer im Oktober 2005 von der Deutschen Hospiz Stiftung veröffentlichten Studie hervor. Demnach sprachen sich nach kurzer Information über moderne Formen der Sterbebegleitung 35 Prozent für aktive Sterbehilfe aus. Stattdessen befürwortete die Mehrheit (56 Prozent) den Einsatz von Palliativmedizin und Hospizarbeit. Durch ihre genauere Fragestellung unterscheidet sich die von der Deutschen Hospiz Stiftung bei TNS Infratest in Auftrag gegebene Studie von anderen Umfragen zu diesem Thema. Interessant: Mit 67 Prozent für Palliativ-Versorgung haben die FDP-Wähler am deutlichsten gegen aktive Sterbehilfe votiert; Wähler von Rechtsparteien votierten mit 95 Prozent weiterhin für Euthanasie. Weitere Infos unter:

[www.hospize.de/ftp/langzeit\\_web.pdf](http://www.hospize.de/ftp/langzeit_web.pdf)

**FDP-Wähler  
mit 67 Prozent pro  
Hospizarbeit;  
Rechts-Wähler  
mit 95 Prozent pro  
Euthanasie**



### **Hospizstatistik 2005: Kaum Verbesserung in der Versorgung Schwerstkranker**

Im vergangenen Jahr sind bundesweit rund 35 000 Menschen durch 1 042 ambulante Hospizdienste in ihrer letzten Lebensphase psychosozial begleitet worden. Das geht aus der im Januar von der Deutschen Hospiz Stiftung veröffentlichten Hospizstatistik 2005 hervor. Während sich im Vergleich zum Jahr 2004 die Anzahl dieser ehrenamtlich begleiteten Patienten nicht verändert hat, ist die Zahl der ambulanten Hospizdienste um 90 gestiegen. Das bedeutet einen bundesweiten Anstieg in der ehrenamtlich-psychosozialen Versorgung von 4,1 Prozent im Jahr 2004 auf 4,3 Prozent im Jahr 2005. Weitere Informationen unter:

[www.hospize.de/ftp/statistik\\_2006.pdf](http://www.hospize.de/ftp/statistik_2006.pdf)



**• • • Deutsche Hospiz Stiftung aktuell • • • Deutsche Hospiz Stiftung a**

### **Personalkostenförderung durch die Deutsche Hospiz Stiftung**

Ambulante Hospizdienste oder stationäre Häuser können bei der Deutschen Hospiz Stiftung einen Antrag auf Personalkostenförderung für das Jahr 2007 stellen. Dazu müssen die vollständigen Unterlagen bis zum 31. März 2006 bei der Deutschen Hospiz Stiftung eingegangen sein. Informationen zu den Anträgen gibt es unter [www.hospize.de/texte/foerder.htm](http://www.hospize.de/texte/foerder.htm) im Internet. Die Antragsunterlagen können in der Dortmunder Geschäftsstelle oder in den Informationsbüros Berlin und München angefordert werden.



#### **Impressum:**

Deutsche Hospiz Stiftung, Geschäftsstelle Dortmund, Europaplatz 7, 44269 Dortmund, Tel. 02 31 / 73 80 73 - 0, Fax 02 31 / 73 80 73 - 1  
Deutsche Hospiz Stiftung, Informationsbüro Berlin, Chausseestraße 10, 10115 Berlin, Tel. 030 / 2 84 44 84 - 0, Fax 030 / 2 84 44 84 - 1  
Deutsche Hospiz Stiftung, Informationsbüro München, Baldestraße 9, 80469 München, Tel. 089 / 20 20 81 - 0, Fax 089 / 20 20 81 - 11



## Recht und Ethik der Palliativmedizin

Recht und Ethik der Palliativmedizin standen im November im Fokus der „2. Kölner Gespräche zu Recht und Ethik der Gesundheitsversorgung“. Organisiert vom Institut für Staatsrecht der Universität zu Köln und unterstützt durch die Deutsche Hospiz Stiftung beleuchtete die Tagung das Thema intensiv in drei Bereichen: Stand und Perspektiven der Palliativmedizin führten in das Thema ein, gefolgt von Versorgungsstrukturen sowie deren Finanzierung bis hin zu ausgewählten rechtlichen und ethischen Fragen der Palliativmedizin. Aufgrund der großen Nachfrage sollen die Beiträge der 2. Kölner Gespräche nun in der Reihe „Recht-Ethik-Gesundheit“ im LIT-Verlag publiziert werden.

### • • • Veranstaltungen • • • Veranstaltungen • • • Veranstaltungen •

Forum der CDU-Landtagsfraktion NRW zum Thema: **„Sterben in Würde“**. Zeit: 26. Januar 2006, 17 Uhr, Schützenhof in Paderborn. Anmeldung und weitere Infos: Tel. 02 11 / 8 84 – 22 67, Fax 02 11 / 8 84 – 33 50 oder per E-Mail: [sandra.ossowski@landtag.nrw.de](mailto:sandra.ossowski@landtag.nrw.de)

**Friedrichshainer Kolloquium 2005/2006**; Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW), Warschauer Str. 58a, 10243 Berlin. Kontakt: Dr. Siegrid Graumann, 0 30 - 29 38 17 70, [info@imew.de](mailto:info@imew.de)

**Leben an der Grenze zum Tod**. 14. Februar 2006, 16 - 19 Uhr

- Menschen im Wachkoma - Mythos und Lebenswirklichkeit. PD Dr. med. Andreas Zieger,
- Pflege von Patienten im Wachkoma zwischen Machbarem und ethisch Verantwortbarem. Prof. Christel Bienstein

**Patientenwille und medizinische Indikation**. Entscheidungskriterien in der Intensivmedizin und am Lebensende. 3. - 5. März 2006, Evangelische Akademie Loccum, Münchehäger Str. 6, 31547 Rehburg-Loccum; Veranstalter: Zentrum für Gesundheitsethik an der Evangelischen Akademie Loccum, Hannover, [www.zukunftsstiftung-gesundheit.de](http://www.zukunftsstiftung-gesundheit.de)

Financial Times Deutschland: **Konferenz zur Gesundheitswirtschaft**. Zeit: 14. und 15. März 2006. Veranstaltungsort: Bertelsmann-Repräsentanz, Unter den Linden 1, Berlin-Mitte. Kontakt des Kongressbüros: 030 / 49 85 50 32, Fax: 030 / 49 85 50 30 oder E-Mail: [ftd@agentur-wok.de](mailto:ftd@agentur-wok.de)

### • • • Literaturtipps • • • Literaturtipps • • • Literaturtipps • • • Lite

**Alt und abgeschoben – Der Pflegenotstand und die Würde des Menschen**. Fussek, Claus/ Loerzer, Sven; Herder 2005, 19,90 EUR ISBN: 3451284111

**Das Leben und die letzten Dinge**. van der Voorts, Annet; Herder 2005, 12,00 EUR; ISBN: 3451259532



#### Impressum:





**Sterben im Hospiz – Der Alltag in einer alternativen Pflegeeinrichtung.** Dreßke, Stefan; Campus 2005, 24,90 EUR; ISBN 3-593-37717-9

**Abgezockt und totgepflegt – Alltag in deutschen Pflegeheimen.** Breitscheidel, Markus; ISBN Econ-Verlag (Ullstein) 2005, ?Euro  
ISBN-13: 978-3-430-11572-8; ISBN-10: 3-430-11572-8

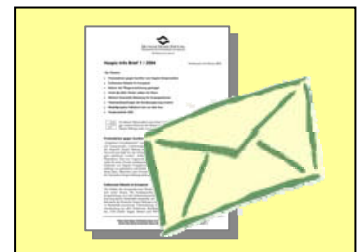
Informationsbroschüre des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Thema „**Ambulant betreute Wohngemeinschaften für demenziell erkrankte Menschen**“; abrufbar unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

**• • • Medientipp • • • Medientipp • • • Medientipp • • • Medientipp**

Das Medienprojekt Wuppertal hat im Dezember 2005 vier Dokumentationsfilme über Krankheit und Tod präsentiert. Nähere Infos unter [www.medienprojekt-wuppertal.de](http://www.medienprojekt-wuppertal.de)

### **Helfen Sie mit – leiten Sie den Hospiz Info Brief weiter**

Sie kennen Menschen, die ebenfalls Interesse am Hospiz Info Brief haben? Dann schicken Sie bitte deren Namen, Anschrift, ggf. Funktion und die E-Mailadresse an [muenzberg@hospize.de](mailto:muenzberg@hospize.de) oder bitten Sie diese Menschen, selbst mit uns in Kontakt zu treten.



**Impressum:**



**Antwortabschnitt**  
(Rückmeldung auch per Fax 02 31 / 73 80 73 - 1)

Deutsche Hospiz Stiftung  
Europaplatz 7

44269 Dortmund

Ich / Wir bitten um Zusendung des Hospiz Info Briefs per E-Mail zusätzlich an folgende Adresse(n) *(bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)*:

Name (d. Dienstes bzw. der Person)	Funktion (z.B. Vorsitzender)	E-Mail-Adresse

Absender *(bitte ggf. auch Hospizdienst bzw. -einrichtung angeben)*:

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_